

Tischvorlage

TOP 8 (neu) / 55.RR am 03.04.2014

Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) –Teil Straße-

**hier: Sachstandsbericht über die Landesmeldungen
von Projektvorschlägen zur Bewertung**

- Schreiben des Regionalratsvorsitzenden Herrn Petrauschke an Herrn Minister Groschek vom 05.02.2014 (*B 229 – OU Langenfeld*)
- Antwortschreiben des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW vom 26.03.2014 (*B 229 – OU Langenfeld*)
- Schreiben der Vorsitzenden des Verkehrsausschusses Frau Saringen an Herrn Dr. Mühl (MBWSV NRW) vom 14.02.2014
- Schreiben des Regionalratsvorsitzenden Herrn Petrauschke an Herrn Minister Groschek vom 21.03.2014
*Ein Antwortschreiben des Ministers ist angekündigt.
Es liegen hierzu folgende Landtagsdrucksachen vor:*
 - Landtagsdrucksache 16/ 5374 vom 26.03.2014; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1972 vom 29.01.2014 zur B 221 (OU Straelen/ Broekhuysen)
 - Landtagsdrucksache 16/ 5375 vom 26.03.2014; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1973 vom 29.01.2014 zur B 58 (OU Geldern)
 - Landtagsdrucksache 16/ 5376 vom 26.03.2014; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1974 vom 29.01.2014 zur B221 (UO Brüggen/ Genholt)
 - Landtagsdrucksache 16/ 5384 vom 26.03.2014; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1983 vom 29.01.2014 zur A 3 (Dinslaken/ Nord – Bundesgrenze D/NL)
 - Landtagsdrucksache 16/ 5393 vom 26.03.2014; Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 1992 vom 05.02.2014 zur B229 (OU Langenfeld)



Ø BZR

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf, Postfach 300865, 40408 Düsseldorf

Herrn Minister Michael Groschek
Ministerium für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jürgensplatz 1

40219 Düsseldorf

Datum: 5.02.2014

Seite 1 von 1

Aktenzeichen:

32.03.01.01-04-4

bei Antwort bitte angeben

Frau Gunkel

Zimmer: 363

Telefon:

0211 475-2063

Telefax :

0211 475-

marisa.gunkel@

brd.nrw.de

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Anlage: Schreiben der Industrie- und Handelskammern Düsseldorf
und Wuppertal-Solingen-Remscheid vom 16.1.2014 zur B
229 OU Langenfeld

Sehr geehrter Herr Minister,

als Vorsitzender des Regionalrates Düsseldorf sende ich Ihnen das
gemeinsame Schreiben der Industrie- und Handelskammern Düsseldorf
und Wuppertal-Solingen-Remscheid vom 16.1.2014 zur Anmeldung der
B 229 OU Langenfeld als Vorschlag für den neuen
Bundesverkehrswegeplan. Auch der Regionalrat Düsseldorf hatte die
Aufnahme dieser Maßnahme am 13.12.2012 beschlossen.

Am 12.12.2013 hat der Regionalrat diesen Beschluss noch einmal
bekräftigt und nachdrücklich um Anmeldung aller vom Regionalrat
beschlossenen Maßnahmen beim Bundesministerium für Verkehr und
digitale Infrastruktur gebeten.

Ich darf Sie daher bitten, diesem Beschluss des Regionalrates
nachzukommen.

Mit freundlichen Grüßen


(Petrauschke)

Dienstgebäude und

Lieferanschrift:

Cecilienallee 2,

40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 475-0

Telefax: 0211 475-2671

poststelle@brd.nrw.de

www.brd.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:

DB bis Düsseldorf Hbf

U-Bahn Linien U78, U79

Haltestelle:

Victoriaplatz/Klever Straße

Zahlungen an:

Landeskasse Düsseldorf

Konto-Nr.: 4 100 012

BLZ: 300 500 00 Helaba

IBAN:

DE41300500000004100012

BIC:

WELADED



Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Regionalrat der
Bezirksregierung Düsseldorf
Herrn Vorsitzenden
Hans-Jürgen Petrauschke
Postfach 300865
40408 Düsseldorf

Jan 2 2014

26. März 2014

Seite 1 von 2

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

III A 1-31-19/12(2015)

ORBR Christoph Querdel

Telefon 0211 3843-3207

Fax 0211 Fax

christoph.querdel@mbwsv.nrw.de

e

Neuaufstellung Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2015 Vorschläge des Landes NRW zur Bewertung

Ihr Schreiben vom 05.02.2014

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur B 229 OU Langenfeld. Herr Minister Groschek hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die B 229 OU Langenfeld wurde im aktuellen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen aus dem Jahr 2004 im Weiteren Bedarf eingestuft. Zur Fortführung in Richtung Solingen ist hieran anschließend im Landesstraßenbedarfsplan im Jahr 2006 die L 405 ausgewiesen worden. Auf dieser Grundlage hatte das Bundesverkehrsministerium einen Planungsauftrag für die B 229 erteilt. Die L 405 wird jedoch zwischenzeitlich planerisch nicht weiterverfolgt. Im Rahmen der landesseitigen Priorisierung der Planungsmaßnahmen im Jahr 2011 wurde daher entschieden, auch die B 229 OU Langenfeld planerisch ruhend zu stellen. Ein Grund für diese Entscheidung war, dass die Planung der Gesamtstrecke vor Ort höchst umstritten ist und seit Jahren kein Konsens gefunden werden konnte.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 3843-0
Telefax 0211 3843-9110
poststelle@mbwsv.nrw.de
www.mbwsv.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 704, 709,
719 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

Im Rahmen der allgemeinen fachlichen und politischen Diskussion konnte sich das Projekt nicht für eine Aufnahme in den Landesvorschlag zur BVWP-Bewertung durchsetzen.

Seite 2 von 2

Zur Verringerung der Stauzeiten im Kreuzungsbereich der A 3 mit der B 229 soll kurzfristig die B 229 als Basisstraße der Anschlussstelle Solingen ausgebaut werden. Die Planung hierzu ist vorbereitet, eine Umsetzung wird in 2014 erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Dr. Markus Mühl



Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf, Postfach 300865, 40408 Düsseldorf

Ministerium für Bauen,
Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr
Herrn Dr. Mühl
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Datum: 14.02.2014

Seite 1 von 1

Aktenzeichen:
32.03.01.01-04-4
bei Antwort bitte angeben

Herr Goetzens
Zimmer: 352
Telefon:
0211 475-2352
Telefax:
0211 475-2300
heinrich.goetzens@
brd.nrw.de

Projektvorschläge des Regionalrates zum BVWP

Ihr Schreiben vom 30.01.2014

Sehr geehrter Herr Dr. Mühl,

vielen Dank für die Übersendung der an den Bund weitergeleiteten Projektvorschläge. Leider sind darin einige der vom Regionalrat am 13.12.12 beschlossenen Projekte nicht enthalten.

Ich möchte Sie bitten, in der Sitzung des Verkehrsausschusses des Regionalrates am 20.03.2014 um 10.00 Uhr im Plenarsaal der Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2 die Gründe für die Nichtberücksichtigung darzulegen. Hierzu lade ich Sie herzlich ein.

Damit verbinde ich die Hoffnung, dass dann die Irritationen ausgeräumt werden können, die durch die bislang fehlende Begründung beim Regionalrat entstanden sind.

Für den Fall, dass Sie die erforderlichen Begründungen schriftlich abgeben, wäre ich Ihnen für die Mitteilung dankbar, wann diese voraussichtlich vorliegen werden und ob Sie unabhängig davon dem Verkehrsausschuss in der o.a. Sitzung für Fragen zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Gunhild Sartingen

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Cecilienallee 2,
40474 Düsseldorf
Telefon: 0211 475-0
Telefax: 0211 475-2671
poststelle@brd.nrw.de
www.brd.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
DB bis Düsseldorf Hbf
U-Bahn Linien U78, U79
Haltestelle:
Victoriaplatz/Klever Straße

Zahlungen an:
Landeskasse Düsseldorf
Konto-Nr.: 4 100 012
BLZ: 300 500 00 Helaba
IBAN:
DE4130050000004100012
BIC:
WELADED



Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf, Postfach 300865, 40408 Düsseldorf

Herrn Minister Groschek
Ministerium für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
Jürgensplatz 1

40290 Düsseldorf

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Mein Schreiben vom 05.02.2014

Sehr geehrter Herr Minister,

unter dem 30.01.2014 hat Ihr Haus den Geschäftsstellen der Regionalräte Listen übersandt, aus denen ohne einzelfallbezogene Begründung u.a. ersichtlich ist, welche von den Regionalräten zur Aufnahme in den BVWP beschlossenen Projekte nicht vom Land an den Bund weitergemeldet wurden. Mit bislang unbeantwortetem Bezugsschreiben habe ich Sie um Anmeldung aller vom Regionalrat beschlossenen Projekte beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gebeten. Auch die Vorsitzende des Verkehrsausschusses hat Ihr Haus unter dem 14.2.2014 angeschrieben und auf die -gesetzlich in § 9 LPIG vorgesehene- Darlegung der Gründe für eine Nichtberücksichtigung der Projekte gedrängt.

Leider ist auch dieses Schreiben nicht bis zur Sitzung des Verkehrsausschusses beantwortet worden. Das Thema steht deshalb in der Regionalratssitzung am 3.4.2014 erneut auf der Tagesordnung.

Die Abweichungen von den auf sorgfältiger Abwägung beruhenden Beschlussfassungen des Regionalrates sind für die Mitglieder des Regionalrates nicht nachvollziehbar.

Der Regionalrat zieht in Erwägung, die Beschlussfassungen dem Bund unmittelbar als Dritter mitzuteilen, sofern nicht bis zur Regionalratssitzung am 3.4.2014 eine Nachmeldung oder eine nachvollziehbare einzelfallbezogene Darlegung der Gründe für eine Nichtberücksichtigung erfolgt ist.

Datum: 21.03.2014

Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
32.03.01.01-02-2
bei Antwort bitte angeben

Hans-Jürgen Petrauschke
Zimmer:
Telefon:
0211 475-2352
Telefax :
0211 475-2300
landrat@
rhein-kreis-neuss.de

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Cecilienallee 2,
40474 Düsseldorf
Telefon: 0211 475-0
Telefax: 0211 475-2671
poststelle@brd.nrw.de
www.brd.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
DB bis Düsseldorf Hbf
U-Bahn Linien U78, U79
Haltestelle:
Victoriaplatz/Klever Straße

Zahlungen an:
Landeskasse Düsseldorf
Konto-Nr.: 4 100 012
BLZ: 300 500 00 Helaba
IBAN:
DE41300500000004100012
BIC:
WELADED



Bei Ihrem Besuch der Regionalratssitzung am 14.3.2013 hatten Sie angeboten, dem Regionalrat für Fragen auch künftig zur Verfügung zu stehen. Ich lade Sie herzlich ein, Ihre Entscheidungen auch persönlich vor dem Regionalrat am 3.4.2014 zu begründen.

Seite 2 von 2

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans-Jürgen Petrauschke am 23.03.2014

26.03.2014

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1972 vom 29. Januar 2014
der Abgeordneten Dietmar Brockes und Christof Rasche FDP
Drucksache 16/4978

Warum blockiert die Landesregierung willkürlich den Bau der B 221 (OU Straelen/Broekhuysen)?

Der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr hat die Kleine Anfrage 1972 mit Schreiben vom 25. März 2014 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Das Verfahren zur Anmeldung von Bundesfernstraßen-Projekten für den Bundesverkehrswegeplan 2015 läuft bereits seit einigen Monaten. Auf Bitte der Landesregierung haben die Regionalräte zahlreiche Projekte für die Anmeldung vorgeschlagen. Die Beschlüsse hierzu haben die Regionalräte mit breiter Mehrheit von SPD, CDU und FDP gefasst.

Dennoch wurden 47 Vorschläge von der Landesregierung nicht nach Berlin gemeldet. Dies erstaunt besonders vor dem Hintergrund, dass bereits im vergangenen Jahr Bundesverkehrsmittel in Höhe von 42 Millionen Euro wegen fehlender baureifer Projekte nicht abgerufen werden konnten. Auch eine bis zum Ende des vergangenen Jahres mögliche Nachmeldung durch die Landesregierung ist nicht erfolgt. Auf mehrfache Nachfrage der FDP-Fraktion im Verkehrsausschuss des Landtags verwies der Verkehrsminister lediglich auf allgemeine fachliche Gründe, aus denen diese 47 von einem breiten Konsens vor Ort getragenen Projekte nicht zur Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gemeldet worden seien. Diese Begründung wollte der Minister inhaltlich nicht weiter ausführen, sodass der Eindruck entstanden ist, dass es sich um eine willkürliche und politische Blockade der Realisierung der B 221 (OU Straelen/Broekhuysen) von SPD und Grünen handelt.

Die Bürgerinnen und Bürger in der Region erwarten ebenso wie die betroffenen Kommunen und der Regionalrat eine Erklärung, welche detaillierten fachlichen Gründe aus Sicht der

Datum des Originals: 25.03.2014/Ausgegeben: 31.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Landesregierung gegen eine Anmeldung der B 221 (OU Straelen/Broekhuysen) für die Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gesprochen haben.

Vorbemerkung der Landesregierung

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP) hat das Bundesverkehrsministerium die Länder gebeten, bis Ende Januar 2014 diejenigen Projekte zu benennen, die für eine Ausweisung im neuen BVWP in Erwägung gezogen werden und damit seitens des Bundes bewertet werden sollen. Die Vorschläge des Landes Nordrhein-Westfalen umfassen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 20 Mrd. € und basieren auf den Vorschlägen der Kommunen und darauf aufbauenden Voten der Regionalräte bei den Bezirksregierungen und des Regionalverbandes Ruhr.

Der Finanzrahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans ist noch nicht bekannt. Aufgrund der absehbar hohen Investitionen in den Erhalt ist zu erwarten, dass es nur begrenzte Möglichkeiten zur Ausweisung von Vorhaben des Neu- und Ausbaus in einen Vordringlichen Bedarf geben wird. Darüber hinaus beabsichtigt der Bund, die Auflösung von Engpässen sowie unkritische Projekte zu bevorzugen.

Aus welchen fachlichen Gründen hat die Landesregierung die B 221 (OU Straelen/Brockhuysen) nicht für eine Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet?

Aufgrund der örtlichen Situation ist keine wesentliche Verbesserung der Erreichbarkeit durch den Bau einer Ortsumgehung zu erwarten. Im Rahmen der allgemeinen fachlichen und politischen Diskussion konnte sich das Projekt nicht für eine Aufnahme in den Landesvorschlag zur BVWP-Bewertung durchsetzen.

26.03.2014

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1973 vom 29. Januar 2014
der Abgeordneten Dietmar Brockes und Christof Rasche FDP
Drucksache 16/4979

Warum blockiert die Landesregierung willkürlich den Bau der B 58 (OU Geldern)?

Der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr hat die Kleine Anfrage 1973 mit Schreiben vom 25. März 2014 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Das Verfahren zur Anmeldung von Bundesfernstraßen-Projekten für den Bundesverkehrswegeplan 2015 läuft bereits seit einigen Monaten. Auf Bitte der Landesregierung haben die Regionalräte zahlreiche Projekte für die Anmeldung vorgeschlagen. Die Beschlüsse hierzu haben die Regionalräte mit breiter Mehrheit von SPD, CDU und FDP gefasst.

Dennoch wurden 47 Vorschläge von der Landesregierung nicht nach Berlin gemeldet. Dies erstaunt besonders vor dem Hintergrund, dass bereits im vergangenen Jahr Bundesverkehrsmittel in Höhe von 42 Millionen Euro wegen fehlender baureifer Projekte nicht abgerufen werden konnten. Auch eine bis zum Ende des vergangenen Jahres mögliche Nachmeldung durch die Landesregierung ist nicht erfolgt. Auf mehrfache Nachfrage der FDP-Fraktion im Verkehrsausschuss des Landtags verwies der Verkehrsminister lediglich auf allgemeine fachliche Gründe, aus denen diese 47 von einem breiten Konsens vor Ort getragenen Projekte nicht zur Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gemeldet worden seien. Diese Begründung wollte der Minister inhaltlich nicht weiter ausführen, sodass der Eindruck entstanden ist, dass es sich um eine willkürliche und politische Blockade der Realisierung der B 58 (OU Geldern) von SPD und Grünen handelt.

Die Bürgerinnen und Bürger in der Region erwarten ebenso wie die betroffenen Kommunen und der Regionalrat eine Erklärung, welche detaillierten fachlichen Gründe aus Sicht der Landesregierung gegen eine Anmeldung der B 58 (OU Geldern) für die Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gesprochen haben.

Datum des Originals: 25.03.2014/Ausgegeben: 31.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Vorbemerkung der Landesregierung

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP) hat das Bundesverkehrsministerium die Länder gebeten, bis Ende Januar 2014 diejenigen Projekte zu benennen, die für eine Ausweisung im neuen BVWP in Erwägung gezogen werden und damit seitens des Bundes bewertet werden sollen. Die Vorschläge des Landes Nordrhein-Westfalen umfassen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 20 Mrd. € und basieren auf den Vorschlägen der Kommunen und darauf aufbauenden Voten der Regionalräte bei den Bezirksregierungen und des Regionalverbandes Ruhr.

Der Finanzrahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans ist noch nicht bekannt. Aufgrund der absehbar hohen Investitionen in den Erhalt ist zu erwarten, dass es nur begrenzte Möglichkeiten zur Ausweisung von Vorhaben des Neu- und Ausbaus in einen Vordringlichen Bedarf geben wird. Darüber hinaus beabsichtigt der Bund, die Auflösung von Engpässen sowie unkritische Projekte zu bevorzugen.

Aus welchen fachlichen Gründen hat die Landesregierung die B 58 (OU Geldern) nicht für eine Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet?

Die mögliche Trasse verläuft durch ein Überschwemmungsgebiet der Niers. Es wäre ein langwieriger Planungs- und Realisierungszeitraum zu erwarten. Im Rahmen der allgemeinen fachlichen und politischen Diskussion konnte sich das Projekt nicht für eine Aufnahme in den Landesvorschlag zur BVWP-Bewertung durchsetzen.

26.03.2014

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1974 vom 29. Januar 2014
der Abgeordneten Dietmar Brockes und Christof Rasche FDP
Drucksache 16/4980

Warum blockiert die Landesregierung willkürlich den Bau der B 221 (OU Brüggen/Genholt)?

Der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr hat die Kleine Anfrage 1974 mit Schreiben vom 25. März 2014 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Das Verfahren zur Anmeldung von Bundesfernstraßen-Projekten für den Bundesverkehrswegeplan 2015 läuft bereits seit einigen Monaten. Auf Bitte der Landesregierung haben die Regionalräte zahlreiche Projekte für die Anmeldung vorgeschlagen. Die Beschlüsse hierzu haben die Regionalräte mit breiter Mehrheit von SPD, CDU und FDP gefasst.

Dennoch wurden 47 Vorschläge von der Landesregierung nicht nach Berlin gemeldet. Dies erstaunt besonders vor dem Hintergrund, dass bereits im vergangenen Jahr Bundesverkehrsmittel in Höhe von 42 Millionen Euro wegen fehlender baureifer Projekte nicht abgerufen werden konnten. Auch eine bis zum Ende des vergangenen Jahres mögliche Nachmeldung durch die Landesregierung ist nicht erfolgt. Auf mehrfache Nachfrage der FDP-Fraktion im Verkehrsausschuss des Landtags verwies der Verkehrsminister lediglich auf allgemeine fachliche Gründe, aus denen diese 47 von einem breiten Konsens vor Ort getragenen Projekte nicht zur Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gemeldet worden seien. Diese Begründung wollte der Minister inhaltlich nicht weiter ausführen, sodass der Eindruck entstanden ist, dass es sich um eine willkürliche und politische Blockade der Realisierung der B 221 (OU Brüggen/Genholt) von SPD und Grünen handelt.

Die Bürgerinnen und Bürger in der Region erwarten ebenso wie die betroffenen Kommunen und der Regionalrat eine Erklärung, welche detaillierten fachlichen Gründe aus Sicht der

Datum des Originals: 25.03.2014/Ausgegeben: 31.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Landesregierung gegen eine Anmeldung der B 221 (OU Brüggen/Genholt) für die Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gesprochen haben.

Vorbemerkung der Landesregierung

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP) hat das Bundesverkehrsministerium die Länder gebeten, bis Ende Januar 2014 diejenigen Projekte zu benennen, die für eine Ausweisung im neuen BVWP in Erwägung gezogen werden und damit seitens des Bundes bewertet werden sollen. Die Vorschläge des Landes Nordrhein-Westfalen umfassen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 20 Mrd. € und basieren auf den Vorschlägen der Kommunen und darauf aufbauenden Voten der Regionalräte bei den Bezirksregierungen und des Regionalverbandes Ruhr.

Der Finanzrahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans ist noch nicht bekannt. Aufgrund der absehbar hohen Investitionen in den Erhalt ist zu erwarten, dass es nur begrenzte Möglichkeiten zur Ausweisung von Vorhaben des Neu- und Ausbaus in einen Vordringlichen Bedarf geben wird. Darüber hinaus beabsichtigt der Bund, die Auflösung von Engpässen sowie unkritische Projekte zu bevorzugen.

Aus welchen fachlichen Gründen hat die Landesregierung die B 221 (OU Brüggen/Genholt) nicht für eine Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet?

Aufgrund der örtlichen Situation ist keine wesentliche Verbesserung der Erreichbarkeit durch den Bau einer Ortsumgehung zu erwarten. Gemäß einer Anmerkung in einer Regionalratsvorlage der Bezirksregierung Düsseldorf wird das Projekt seitens der Stadt Brüggen nicht weiter verfolgt.

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1983 vom 29. Januar 2014
der Abgeordneten Holger Ellerbrock und Christof Rasche
Drucksache 16/4989

26.03.2014

Ministerium für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr
Referat für Kabinetts-,
Landtags- und Bundesratsangelegenheiten

01. April 2014

M			Sts			
MR	I	II	III	IV	V	VI

FDP

III A1
Ma 1/4.

Warum blockiert die Landesregierung willkürlich den Bau der A 3 (AS Dinslaken/Nord - Bundesgrenze D/NL)?

Der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr hat die Kleine Anfrage 1983 mit Schreiben vom 25. März 2014 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Das Verfahren zur Anmeldung von Bundesfernstraßen-Projekten für den Bundesverkehrswegeplan 2015 läuft bereits seit einigen Monaten. Auf Bitte der Landesregierung haben die Regionalräte zahlreiche Projekte für die Anmeldung vorgeschlagen. Die Beschlüsse hierzu haben die Regionalräte mit breiter Mehrheit von SPD, CDU und FDP gefasst.

Dennoch wurden 47 Vorschläge von der Landesregierung nicht nach Berlin gemeldet. Dies erstaunt besonders vor dem Hintergrund, dass bereits im vergangenen Jahr Bundesverkehrsmittel in Höhe von 42 Millionen Euro wegen fehlender baureifer Projekte nicht abgerufen werden konnten. Auch eine bis zum Ende des vergangenen Jahres mögliche Nachmeldung durch die Landesregierung ist nicht erfolgt. Auf mehrfache Nachfrage der FDP-Fraktion im Verkehrsausschuss des Landtags verwies der Verkehrsminister lediglich auf allgemeine fachliche Gründe, aus denen diese 47 von einem breiten Konsens vor Ort getragenen Projekte nicht zur Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gemeldet worden seien. Diese Begründung wollte der Minister inhaltlich nicht weiter ausführen, sodass der Eindruck entstanden ist, dass es sich um eine willkürliche und politische Blockade der Realisierung der A 3 (AS Dinslaken/Nord - Bundesgrenze D/NL) von SPD und Grünen handelt.

Die Bürgerinnen und Bürger in der Region erwarten ebenso wie die betroffenen Kommunen und der Regionalrat eine Erklärung, welche detaillierten fachlichen Gründe aus Sicht der

Datum des Originals: 25.03.2014/Ausgegeben: 31.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Landesregierung gegen eine Anmeldung der A 3 (AS Dinslaken/Nord - Bundesgrenze D/NL) für die Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gesprochen haben.

Vorbemerkung der Landesregierung

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP) hat das Bundesverkehrsministerium die Länder gebeten, bis Ende Januar 2014 diejenigen Projekte zu benennen, die für eine Ausweisung im neuen BVWP in Erwägung gezogen werden und damit seitens des Bundes bewertet werden sollen. Die Vorschläge des Landes Nordrhein-Westfalen umfassen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 20 Mrd. € und basieren auf den Vorschlägen der Kommunen und darauf aufbauenden Voten der Regionalräte bei den Bezirksregierungen und des Regionalverbandes Ruhr.

Der Finanzrahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans ist noch nicht bekannt. Aufgrund der absehbar hohen Investitionen in den Erhalt ist zu erwarten, dass es nur begrenzte Möglichkeiten zur Ausweisung von Vorhaben des Neu- und Ausbaus in einen Vordringlichen Bedarf geben wird. Darüber hinaus beabsichtigt der Bund, die Auflösung von Engpässen sowie unkritische Projekte zu bevorzugen.

Aus welchen fachlichen Gründen hat die Landesregierung die A 3 (AS Dinslaken/Nord - Bundesgrenze D/NL) nicht für eine Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet?

Die vorhandene Verkehrsbelastung auf dem Streckenabschnitt der A 3 zwischen der Anschlussstelle Dinslaken/Nord und der Bundesgrenze D/NL rechtfertigt in Konkurrenz zu anderen vorgeschlagenen BAB-Abschnitten in NRW derzeit keinen Vorschlag zum 6-streifigen Ausbau dieses Abschnitts.

26.03.2014

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1992 vom 5. Februar 2014
der Abgeordneten Dirk Wedel und Christof Rasche FDP
Drucksache 16/4998

Warum blockiert die Landesregierung willkürlich den Bau der B 229n (Ortsumgehung Langenfeld)?

Der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr hat die Kleine Anfrage 1992 mit Schreiben vom 25. März 2014 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Das Verfahren zur Anmeldung von Bundesfernstraßen-Projekten für den Bundesverkehrswegeplan 2015 läuft bereits seit einigen Monaten. Auf Bitte der Landesregierung haben die Regionalräte zahlreiche Projekte für die Anmeldung vorgeschlagen. Die Beschlüsse hierzu haben die Regionalräte mit breiter Mehrheit von SPD, CDU und FDP gefasst.

Dennoch wurden 47 Vorschläge von der Landesregierung nicht nach Berlin gemeldet. Dies erstaunt besonders vor dem Hintergrund, dass bereits im vergangenen Jahr Bundesverkehrsmittel in Höhe von 42 Millionen Euro wegen fehlender baureifer Projekte nicht abgerufen werden konnten. Auch eine bis zum Ende des vergangenen Jahres mögliche Nachmeldung durch die Landesregierung ist nicht erfolgt. Auf mehrfache Nachfrage der FDP-Fraktion im Verkehrsausschuss des Landtags verwies der Verkehrsminister lediglich auf allgemeine fachliche Gründe, aus denen diese 47 von einem breiten Konsens vor Ort getragenen Projekte nicht zur Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gemeldet worden seien. Diese Begründung wollte der Minister inhaltlich nicht weiter ausführen, sodass der Eindruck entstanden ist, dass es sich um eine willkürliche und politische Blockade der Realisierung der B 229n von SPD und Grünen handelt.

Die Forderung einer Ortsumgehung Langenfeld ist nicht neu. Bereits seit den 1980er Jahren wird ein mögliches Bauprojekt diskutiert. Presseberichten zufolge wurde das Projekt allerdings im Jahr 2003 auf Betreiben der Grünen innerhalb der Landesregierung von

Datum des Originals: 25.03.2014/Ausgegeben: 31.03.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

„vordringlich“ in den „weiteren Bedarf“ zurückgestuft. Der bestehende A 3-Anschluss über die B 229 war dabei als Provisorium geplant, sofern die A 52 in Richtung Solingen fortgeführt würde. Der demnächst anstehende Umbau der B 229 mit weiteren Abbiegespuren wird allerdings als nicht ausreichend betrachtet. In den Hauptverkehrszeiten bilden sich lange Staus, die der Wirtschaft schaden und zu mittelfristig vermeidbaren Ärgernissen für tausende Verkehrsteilnehmer führen.

Die Bürgerinnen und Bürger in der Region erwarten ebenso wie die betroffenen Kommunen und der Regionalrat eine Erklärung, welche detaillierten fachlichen Gründe aus Sicht der Landesregierung gegen eine Anmeldung der B 229n für die Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan gesprochen haben.

Vorbemerkung der Landesregierung

Im Rahmen der Vorbereitungen zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 (BVWP) hat das Bundesverkehrsministerium die Länder gebeten, bis Ende Januar 2014 diejenigen Projekte zu benennen, die für eine Ausweisung im neuen BVWP in Erwägung gezogen werden und damit seitens des Bundes bewertet werden sollen. Die Vorschläge des Landes Nordrhein-Westfalen umfassen Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 20 Mrd. € und basieren auf den Vorschlägen der Kommunen und darauf aufbauenden Voten der Regionalräte bei den Bezirksregierungen und des Regionalverbandes Ruhr.

Der Finanzrahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans ist noch nicht bekannt. Aufgrund der absehbar hohen Investitionen in den Erhalt ist zu erwarten, dass es nur begrenzte Möglichkeiten zur Ausweisung von Vorhaben des Neu- und Ausbaus in einen Vordringlichen Bedarf geben wird. Darüber hinaus beabsichtigt der Bund, die Auflösung von Engpässen sowie unkritische Projekte zu bevorzugen.

1. Aus welchen fachlichen Gründen hat die Landesregierung die B 229n nicht für eine Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet?

Die B 229 ist im aktuellen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen im Weiteren Bedarf eingestuft. Zur Fortführung in Richtung Solingen ist hieran anschließend im Landesstraßenbedarfsplan die L 405 ausgewiesen. Die L 405 wird landesseitig planerisch nicht weiterverfolgt.

Die Planung der Gesamtstrecke ist vor Ort höchst umstritten, seit Jahren konnte kein Konsens gefunden werden. Im Rahmen der allgemeinen fachlichen und politischen Diskussion konnte sich das Projekt nicht für eine Aufnahme in den Landesvorschlag zur BVWP-Bewertung durchsetzen.

2. Inwieweit wurden die Eingaben der Industrie- und Handelskammern Düsseldorf und Wuppertal-Solingen-Remscheid in die Entscheidungsfindung einbezogen?

Das Schreiben der Industrie- und Handelskammern Düsseldorf ist erst kurz vor Ablauf der Vorschlagsfrist eingegangen. Zu diesem Zeitpunkt stand die Vorschlagsliste der Straßenprojekte zur BVWP-Bewertung bereits fest. Die IHK hat angekündigt, das Projekt als Vorschlag Dritter dem Bundesverkehrsministerium zur Bewertung anzutragen.

3. *Wie will die Landesregierung zukünftig die kilometerlangen Staus morgens und nachmittags/abends auf der B 229, besonders aus Richtung Solingen, wirksam eindämmen?*

Zur Verringerung der Stauzeiten im Kreuzungsbereich der A 3 mit der B 229 soll kurzfristig die B 229 als Basisstraße der Anschlussstelle Solingen ausgebaut werden. Die Planung hierzu ist vorbereitet, eine Umsetzung wird in 2014 erfolgen.